

# **Ein Paradigmenwechsel im französischen Europadiskurs – Auswirkungen für das deutsch-französische Tandem in der EU?**

Anja Thomas\*

*Emmanuel Macron has presented a number of speeches on the future of the EU which point to a fundamental change of paradigm in the French presidential discourse on the EU. For the first time, a French president tries to translate his domestic role of unifier of the nation to the European Union as a political entity. He addresses the Europeans as "community of destiny" and portrays the European Union as level of action without alternative. This change of paradigm may be positive for chances of Franco-German leadership in the EU. The type of symbolic politics Macron is playing has been a blank position in the EU for quite some time and could successfully underpin new initiatives. Their success, however, depends on the type of issue-coalitions among EU member states.*

Emmanuel Macron wurde 2017 überraschend zum französischen Präsidenten gewählt. Beobachter hatten im Vorfeld weder seiner neuen Zentrumsbewegung „La République en Marche!“ noch seinen proaktiven EU-freundlichen Positionen Chancen auf einen Wahlsieg vorausgesagt. Seither hat Macron einen europäischen Redenzyklus absolviert, der besonders in Deutschland mit viel Aufmerksamkeit verfolgt wurde und europaweit Debatten anstieß. Er hat seine Reformvorschläge an symbolträchtigen Orten der europäischen Geschichte präsentiert, die – mit einer guten Portion bildungsbürgerlichem Pathos – zeigen sollten, dass er sich nicht nur an die Franzosen und Französinnen richtet, sondern an die Gesamtheit der europäischen BürgerInnen und Partner. Man denke an die Pnyx in Athen, die Universität Sorbonne in Paris, das Europäische Parlament in Straßburg und die Karlspreis-Zeremonie in Aachen. Für seine europapolitischen Vorschläge streckt Macron die Hand insbesondere nach Deutschland aus, was er bereits im Wahlkampf durch eine Rede an der Humboldt-Universität zu Berlin unterstrich.

Im Folgenden argumentiert dieser Beitrag, dass die Serie von Macrons Reden nicht nur die europapolitische Debatte belebt hat, wie Angela Merkel dies anlässlich der Verleihung des Karlspreises in Aachen formulierte, sondern einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel im französischen Europadiskurs dokumentiert. Zum ersten Mal versucht ein französischer Präsident, seine symbolische Rolle als Einigungsfigur für die französische Nation auch auf Europa zu übertragen. Er adressiert die EuropäerInnen als „Schicksalsgemeinschaft“ und stellt die Europäische Union (EU) oder zumindest Europa als Handlungsebene ohne Alternative dar. Innerhalb Frankreichs ist dieser Diskurs damit neu und doch in der Form durchaus anschlussfähig, da er die symbolische Rolle des Staatspräsidenten auf die europäische Ebene überträgt.

Für eine erfolgreiche „Motorfunktion“ des deutsch-französischen Tandems im anstehenden Reformprozess ist die französische Initiative eine große Chance. Die von Macron betriebene europäische Symbolpolitik ist lange Zeit eine Leerstelle in Europa gewesen, die von deutschen Regierungschefs nur schwer gefüllt werden konnte.

\* Dr. des. Anja Thomas, Centre de recherches internationales, Sciences Po, Paris.

Für Deutschland bietet sich die Möglichkeit, aus der von vielen Partnern so perzipierten isolierten Position in Europa herauszukommen, allerdings ist dies auch mit Erwartungen aus Frankreich verknüpft. Ob das deutsch-französische Tandem in der Tat wirksame Kompromisse finden kann, wird nicht zuletzt aber auch von den Interessenkoalitionen zu den einzelnen großen Herausforderungen für die EU abhängen.<sup>1</sup> Hier stehen trotz vielfach anderslautender Prognosen die Chancen für anschlussfähige Kompromisse im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am besten.

### **Ein Paradigmenwechsel im Europadiskurs der französischen Präsidenten**

Der Redenzyklus Macrons markiert einen Paradigmenwechsel im französischen präsidenzialen Diskurs zu Europa. Erstmals überträgt ein französischer Präsident Elemente seiner symbolischen Kommunikationsfunktion für die französische Nation auf die europäische Ebene.

Im Gegensatz zur deutschen Kanzlerin ist der französische Staatspräsident nicht nur (*de facto*) Chef der Exekutive, sondern zuallererst Staatsoberhaupt mit der entsprechenden symbolischen Funktion für die französische Nation oder politische Gemeinschaft.

Als Staatsoberhaupt hat der französische Staatspräsident daher traditionell eine kommunikative Verpflichtung gegenüber den BürgerInnen und der Nation. Er muss gleichzeitig als Sprachrohr, als Einigungsfigur und als Sinnstifter der französischen Nation auftreten. Der französische Anthropologe Pierre Clastres nannte dies in einem seiner Hauptwerke „*La société contre l'État*“ eine „*devoir de paroles*“<sup>2</sup>, eine Verpflichtung zur Rede. Diese Funktion des Staatsoberhauptes geht nicht in erster Linie auf die Verfassung zurück, sondern hat sich in der Praxis herausgebildet.<sup>3</sup>

#### *Macrons Symbolpolitik: Sprachrohr, Einigungsfigur und Sinnstifter für die Europäische Union*

Das französische Staatsoberhaupt ist erstens der einzige *Sprecher* der größtmöglichen sozialen Gruppe, die es im Staat geben kann, in diesem Fall der ganzen französischen Nation als Schicksalsgemeinschaft.<sup>4</sup> Analog stilisiert sich Macron aktuell in seinen Europareden als Sprachrohr Europas und der EuropäerInnen. Dies gilt insbesondere für die Athener Rede, die als Fundament der folgenden Europareden verstanden werden muss. Stärker als in den folgenden Reden an der Sorbonne, in Straßburg und in Aachen wird darin der Grundstein für Macrons europäisches politisches und Zivilisationsprojekt gelegt. Die EuropäerInnen werden in dieser Rede zu einer Gemeinschaft stilisiert, die ihr Grundfundament in der griechischen Polis hat: „Wer Sie auch sind, wie alt Sie auch sind oder woher Sie kommen: Sagen Sie mir, liebe Bürgerinnen und Bürger Europas, dass dieser wunderbare Hügel, die Säulen des Parthenon, die Silhouette des Erechtheion und die Karyatiden in Ihnen nicht

1 Zu Interessenkoalitionen bei den aktuellen Reformen siehe Julia Klein/Julian Plottka/Amelie Tittel: Der Neustart der europäischen Integration durch eine inklusive Avantgarde?, in diesem Band, S. 141ff.

2 Pierre Clastres: *La société contre l'État*, Paris 1974, S. 135.

3 Patrick Lehingue: La parole présidentielle: Travail de codification et définition du poste, in: Bernard Lacroix/ Jacques Lagroye (Hrsg.): *Le président de la République. Usages et genèses d'une institution*, Paris 1992, S. 109ff.

4 Clastres: *La société contre l'État*, 1974, S. 135.

das Gefühl erwecken, dass hier etwas aus der Taufe gehoben wurde, was Sie betrifft, was Ihnen eigen ist, was Ihnen etwas sagt!“<sup>5</sup>

Besonderes Merkmal der willentlichen diskursiven Konstruktion eines Europas der EuropäerInnen ist die beinahe inflationäre Verwendung des Personalpronomens „wir“ (frz. „nous“) in allen genannten Europareden. Ein guter Indikator für einen Vergleich der Konstruktion einer europäischen Identität in den Reden europäischer politischer VerantwortungsträgerInnen sind die Reden anlässlich der Verleihung des Karlspreises in Aachen, die naturgemäß unter dem Zeichen der europäischen Einheit stehen und in etwa vergleichbare Längen aufweisen. Macron verwendete in seiner Rede im Mai 2018 das Wort „nous“ 139 Mal. Zum Vergleich findet sich das Wort „wir“ in Merkels Preisrede aus dem Jahr 2008 und in derjenigen von Jean-Claude Juncker aus dem Jahr 2006 nur etwa halb so oft.<sup>6</sup>

Auch wird „Europa“ durch eine ungewöhnliche Verwendung von Possessivpronomen in Macrons Reden häufig zu einem gemeinsamen oder zumindest geteilten Besitz. Zu Beginn seiner Rede vor dem Europäischen Parlament kündigt er so beispielsweise den Abgeordneten einen „freien Meinungsaustausch [...] über die Situation *unseres* [Kursivsetzung durch die Autorin] Europas“<sup>7</sup> an.

Weiterhin werden die EuropäerInnen in Macrons Reden als eine historische Schicksalsgemeinschaft dargestellt: „Wir, Europäer, teilen eine Geschichte und ein Schicksal. Wenn wir wieder auf diesen Weg zurückfinden, dann kann das Vertrauen wieder wachsen.“<sup>8</sup> Die Schicksalhaftigkeit dessen, was in der Zukunft mit diesem Europa passieren soll, unterstreicht er, indem er herausstellt, dass niemand so tun könne, als handele es sich bei seinem Besuch um „gewöhnliche Gespräche“<sup>9</sup>.

Zweitens ist es die Aufgabe des französischen Präsidenten, als *Einigungsfigur* in seinen Reden die Gegensätze und Spaltungen der Gesellschaft zu negieren. Er muss all die Unterschiede und Konflikte sprachlich verschwinden lassen, welche die Komplexität der französischen Gesellschaft ausmachen. Das Staatsoberhaupt hat die Aufgabe, einen Diskurs zu finden, der die Nation zusammenhält. Er selbst muss dazu die Gemeinsamkeiten herausarbeiten. Laut dem einflussreichen Soziologen Pierre Bourdieu ist es daher die Aufgabe des französischen Präsidenten, den „mots de la tribu“<sup>10</sup>, den (grobschlächtigen) Worten der Stammesangehörigen, einen „sens plus pur“<sup>11</sup>, einen übergeordneten, reineren Sinn zu geben.

5 Französische Botschaft, Presse- und Kommunikationsabteilung (Hrsg.): Rede von Staatspräsident Emmanuel Macron. Athen, 7. September 2017, S. 8, abrufbar unter: <https://de.ambafrance.org/Staatspräsident-Macron-in-Athen-Vorschlage-für-eine-Neugründung-Europas> (letzter Zugriff: 25.6.2018).

6 Der Internationale Karlspreis zu Aachen: Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, 1.5.2008, abrufbar unter: <https://www.karlspreis.de/de/preistraeger/angela-merkel-2008/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel> (letzter Zugriff: 8.6.2018); Der Internationale Karlspreis zu Aachen: Rede von Jean-Claude Juncker, 25.5.2006, abrufbar unter: <https://www.karlspreis.de/de/preistraeger/jean-claude-juncker-2006/rede-von-jean-claude-juncker> (letzter Zugriff: 8.6.2018).

7 Présidence de la République française: Die Rede des französischen Staatspräsidenten vor dem europäischen Parlament im Wortlaut (17. April 2018), 20.4.2018, abrufbar unter: <http://www.elysee.fr/declarations/article/die-rede-des-franzosischen-staatspräsidenten-vor-dem-europäischen-parlament-im-wortlaut/> (letzter Zugriff: 25.6.2018).

8 Französische Botschaft (Hrsg.): Rede von Staatspräsident Emmanuel Macron, 2017, S. 8.

9 Présidence de la République française: Die Rede des französischen Staatspräsidenten vor dem europäischen Parlament, 2018.

10 Pierre Bourdieu: Choses dites, Paris 1987, S. 135.

11 Ebenda, S. 138.

Macron überträgt auch diese Aufgabe auf Europa und die EU. Er negiert zwar nicht die Spannungen, die zwischen deren Mitgliedstaaten herrschen. Er beschreibt sie jedoch in allen seinen Reden als bloße Schimären, die verdeckten, dass Europa in Wirklichkeit eine Einheit sei, die sich stattdessen gegen andere, von ihr grundverschiedene Mächte behaupten müsse: Er stellt die EuropäerInnen als weltvergessen dar, da sie sich mit ihren „Unterschieden“, mit den „kleinen [Vertrauens-]Brüchen“ beschäftigten, statt zu erkennen, dass es „[ihnen] gegenüber vollkommen verschiedene Mächte“ gibt.<sup>12</sup>

Emblematischstes Beispiel für diese Art von Diskurs ist das von ihm entworfene Bild des europäischen „Bürgerkriegs“. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen europäischen Staaten werden in seinen Reden nicht als legitime nationale Interessen dargestellt, sondern sind Ausdruck eines vorübergehenden unnatürlichen Zustandes innerhalb der Gemeinschaft der EuropäerInnen. Europa wird damit zu einem quasistaatlichen Gebilde oder zumindest einem Territorium, in dem sich verschiedene Gruppen bekämpfen, die zur selben politischen Einheit gehören. Es handelt sich um ein dramatisches Bild der Konflikte innerhalb der EU, das das Ziel zu haben scheint, die Lächerlichkeit der europäischen Nabelschau zu denunzieren. So spricht Macron davon, dass die EuropäerInnen fälschlicherweise ihre kleinen Unterschiede hervorhöben, statt sich der Realität der Welt zu stellen und die Beweggründe der tatsächlich anderen zu erkennen.<sup>13</sup>

In der Straßburger Rede spricht Macron einmal sogar von einem europäischen „Volk“<sup>14</sup>, das aufgelöst werde, wenn europäische PolitikerInnen dem Druck der PopulistInnen nachgeben und die EU abbauten oder einfach nur ihre Entwicklung aufhielten.

Der französische Präsident liefert zusätzlich auch Inhalte, die das „Gemeinsame“ der EuropäerInnen ausmachen sollen. Er versucht in seinen Reden, die Erzählung einer gemeinsamen europäischen Geistesgeschichte zu schaffen. Macron malt in seinen Reden ein Europa mit gemeinsamer Geschichte, gemeinsamen Werten und einer gemeinsamen Kultur: „Dieses Europa der Literatur, der Cafés, der öffentlichen Debatte, eines beispiellosen gesellschaftlichen Miteinanders, das Fundament für dieses Europa bildet die Kultur, unsere Kultur.“<sup>15</sup>

Alle Unterschiede und Spannungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten werden in seinen Reden zu Epiphänomenen eines Europas, das „seit Jahrhunderten“ ein „gemeinsame[s] Fundament“ hat, das sich in „mannigfaltiger Art und Weise“ ausdrückt: „das Europa der Zirkel, der Zeitschriften, der Reisenden, der Bibliotheken und der Ideen; das Europa der leuchtenden Hauptstädte und der faszinierenden Grenzräume“<sup>16</sup>.

Schließlich ist der französische Präsident drittens der zentrale *Sinnstifter* der verschiedenen abstrakten und teilweise mehrdeutigen Begriffe wie „Nation“ oder „Frankreich“. In der von Bourdieu inspirierten Literatur wird die kommunikative Rolle des Staatspräsidenten bisweilen sogar als „pontifikal“ oder quasireligiös dargestellt: Der französische Präsident ist

12 Französische Botschaft (Hrsg.): Rede von Staatspräsident Emmanuel Macron, 2017, S. 5.

13 Ebenda.

14 Présidence de la République française: Die Rede des französischen Staatspräsidenten vor dem europäischen Parlament, 2018.

15 Französische Botschaft (Hrsg.): Rede von Staatspräsident Emmanuel Macron, 2017, S. 9.

16 Ebenda.

der oberste Prediger und Interpret dessen, was im Kern Frankreich ausmacht. Er hat damit eine wichtige Funktion für die französische Identität.<sup>17</sup>

Auch für Europa scheint Macron diese Funktion wahrnehmen zu wollen. Europa wird in seinen Reden nicht nur als die oben bereits angesprochene historische und zivilisatorische Einheit dargestellt, sondern auch als politische Einheit, die auf gemeinsamen Werten aufbaue. Diese Werte seien „Freiheit, Demokratie und sozialer Ausgleich“ – ein Dreiklang, der stark an das Motto der französischen Republik „liberté, fraternité, égalité“ erinnert, aber offener und stärker als Angebot an die europäischen Partner formuliert ist. Rhetorisch blendet Macron damit die enormen Unterschiede aus, die es in Europa bezüglich der Auffassungen zur konkreten Ausgestaltung dieser Werte gibt: „Gibt es einen anderen Kontinent mit einer derartigen Gewichtung von Freiheit, Demokratie, sozialen Gleichgewichten, die uns zusammenhalten, mit dieser endlich wiederhergestellten Verbindung zwischen Gerechtigkeit und Freiheit?“<sup>18</sup>

Die Wertediskussion ist zentral in Macrons europapolitischem Programm und richtet sich sowohl gegen ein aus französischer Sicht immer als zu liberal empfundenes Großbritannien und gegen Sozialdumping innerhalb der EU als auch gegen illiberale Tendenzen in einigen ost- und mitteleuropäischen Mitgliedstaaten: „Die erste Überzeugung ist, dass wenn wir unser Bekenntnis zur Demokratie und alles damit Zusammenhängende in Europa aufgeben, sind wir auf dem falschen Weg.“<sup>19</sup> Wieder konstruiert er rhetorisch eine Fallhöhe zwischen den Unterschieden nach außen, die er überzeichnet, und den Unterschieden nach innen, die er schmälert.

Des Weiteren reinterpreiert der französische Präsident die europäische Souveränität. Macron spricht hier gewöhnlich zwei Dimensionen an, eine äußere im Bereich des externen Handelns der EU und eine interne, die auf die Selbstbestimmung der europäischen Völker – oder gar eines europäischen Volkes – abzielt und von ihm mit der Dimension der Demokratie in der EU verknüpft wird: „Diese Souveränität, die der Fähigkeit der einzelnen Nationen entspricht, über ihr Schicksal zu entscheiden, was ist sie, wenn nicht das Volk über den Kurs entscheidet, dem wir gemeinsam folgen? Und wie sollten wir nicht sehen, dass das Scheitern Europas seit so vielen Jahren auch ein Scheitern der Demokratie ist?“<sup>20</sup> Konkrete – wenn auch sicherlich nicht neue – Vorschläge zur Erreichung einer Ermächtigung europäischen Handelns durch demokratische Prozesse sind die von Macron vorgeschlagenen Bürgerkongresse und die transnationalen Listen für die Wahlen zum Europäischen Parlament.<sup>21</sup>

Wichtigste Neuerung im Diskurs des französischen Präsidenten ist, dass er die staatliche Souveränität nicht nur auf der nationalen Ebene verortet, sondern auch auf der europäischen: „Ich glaube an die Souveränität, an unsere nationalen Formen von Souveränität,

17 Bastien François: *Le président pontife constitutionnel. Charisme d'institution et construction juridique du politique*, in: Bernard Lacroix/Jacques Lagroye (Hrsg.): *Le président de la République. Usages et genèses d'une institution*, Paris 1992, S. 303ff.

18 Französische Botschaft (Hrsg.): *Rede von Staatspräsident Emmanuel Macron*, 2017, S. 4.

19 Présidence de la République française: *Die Rede des französischen Staatspräsidenten vor dem europäischen Parlament*, 2018.

20 Französische Botschaft (Hrsg.): *Rede von Staatspräsident Emmanuel Macron*, 2017, S. 6.

21 Présidence de la République française: *Initiative pour l'Europe. Une Europe souveraine, unie, démocratique*, 26.9.2017, abrufbar unter: <http://www.elysee.fr/declarations/article/initiative-pour-l-europe-discours-d-emmanuel-macron-pour-une-europe-souveraine-unie-democratique/> (letzter Zugriff: 16.5.2018).

aber auch an die europäische Souveränität. Warum? Weil die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, nicht mehr auf der Ebene unserer Nationen liegen.“<sup>22</sup>

Entscheidend ist hier, dass Macron sich eindeutig zum europäischen Handlungsrahmen positioniert. In seinen Reden wiederholt er häufig das Argument, dass es keine Alternative zum gemeinsamen europäischen Handeln gebe, da die Herausforderungen der EuropäerInnen nicht mehr auf der nationalen Ebene lägen. In seinen Reden spricht er davon, dass sich eine „tatsächliche“ Souveränität nur in und durch die EU – oder ein Voranschreiten von Koalitionen der Willigen innerhalb der EU – schaffen ließe. Er spricht sich daher auf der einen Seite für eine Stärkung des Europas der BürgerInnen und eine weitere Stärkung der europäischen Ebene durch weiteren Kompetenztransfer aus. „Das Wiedererlangen unserer Souveränität ist eine oberste Notwendigkeit. [...] Souveränität ist es, die dafür sorgt, dass wir für uns selbst entscheiden, dass wir unsere eigenen Regeln aufstellen, dass wir unsere Zukunft wählen [...].“<sup>23</sup>

### *Weg vom traditionellen funktionalen Legitimierungsdiskurs*

Im Lichte des traditionellen französischen Diskurses zur europäischen Integration ist das oben Angeführte neu. Traditionell fußt die Legitimierung der EU durch verschiedene Präsidenten in Frankreich auf der Erreichung bestimmter konkreter französischer Politikziele und nicht auf der grundsätzlichen Legitimierung der EU als Entscheidungsebene und Schicksalsgemeinschaft. Gleichzeitig gibt es wichtige Punkte, die an den traditionellen Diskurs anschlussfähig sind.

Erstens löst Macron den Gegensatz zwischen französischer Nation und europäischer Integration rhetorisch auf. Indem er sich zum Sprachrohr aller EuropäerInnen macht, hebt er für seine innerfranzösischen AdressatInnen eine zentrale Problematik der europäischen Integration auf: die Spannung, welche die Einschränkung der Autonomie des französischen Staates durch die europäische Integration auf die Legitimität der französischen Demokratie ausübt. Im klassisch französischen, jakobinischen Demokratieverständnis ist die unteilbare Autonomie des Staates gegenüber innerstaatlichen oder außerstaatlichen Partikularinteressen Garant der Durchsetzung der „volonté générale“ der Nation als demokratisch organisierter politischer Gemeinschaft. Die europäische Integration ist daher immer eine direkte Gefahr für die Grundfesten der französischen Demokratie gewesen. Diese Problematik schlug sich am stärksten in den öffentlichen und privaten Debatten um das Referendum zum Vertrag über eine Verfassung für Europa (Verfassungsvertrag) 2004 nieder. Es wurde heftig diskutiert, welche Rolle die französische Nation im europäischen Föderalismus noch spielen kann.<sup>24</sup>

Symbolisch eröffnet Macrons Diskurs die Möglichkeit, dass auch eine Form von europäischem Gemeinwesen existieren kann, dessen Bindungen ausreichend stark sind, um gemeinsam Politikentwürfe zu unternehmen, die nicht nur durch intergouvernementale Verhandlung im Rat und daher innerstaatliche Verfahren demokratisch abgesichert sind.

Dies führt zum zweiten zentralen Unterschied zum klassischen Europadiskurs französischer Präsidenten. Die Legitimierung wird eben nicht mehr nur aus dem Erreichen be-

22 Französische Botschaft (Hrsg.): *Rede von Staatspräsident Emmanuel Macron*, 2017, S. 3.

23 Ebenda.

24 Vivien A. Schmidt: *Democracy in Europe. The EU and National Polities*, Oxford 2006, S. 187.

stimmter republikanischer Werte oder bestimmter Zielsetzungen geschöpft, auch wenn insbesondere französische demokratische Wertvorstellungen weiter eine große Rolle spielen. Rhetorisch fußt die Legitimität der EU in den Reden Macrons auch auf der Tatsache, dass Europa und die EuropäerInnen eine „Schicksalsgemeinschaft“ seien. Macron betreibt in seinen Reden eine Art europäisches „nation-building“. Indem er seine symbolische Funktion als Integrationsfigur der französischen Gesellschaft auf die europäische Ebene hebt, konstruiert er fiktiv eine Form geschichtlich und wertbegründeter europäischer kultureller und politischer Identität, die gemeinsames europäisches Handeln legitimieren und ermöglichen soll. Dies ist fundamental unterschiedlich zu dem oben bereits erwähnten, in konkreten politischen Zielen fußenden Legitimierungsdiskurs, der in Frankreich auch unter EU-BefürworterInnen weitverbreitet ist.

Neu ist hier insbesondere, dass diese Identität nicht ausschließlich über ein gemeinsames „Anderes“ oder ein gemeinsames Feindbild konstruiert wird, sondern – analog zur Aufgabe des französischen Präsidenten für die eigene Nation – über den Versuch der Definition dessen, was die EuropäerInnen eigentlich im Kern gemeinsam haben, sowohl politisch als auch kulturell. Die zentralen Punkte, die Macron in seinen Reden anführt, sind nicht weit weg von Gemeinsamkeiten, die beispielsweise der Sozialhistoriker Hartmut Kaelble in seiner europäischen Sozialgeschichte anführt,<sup>25</sup> insbesondere die Stärke der sozialen Sicherungssysteme. Die Geschichte der narrativen Konstruktion der europäischen Nationen zeigt jedoch, dass die Frage nach der Wirklichkeit in diesem Fall ohnehin zweitrangig ist.

Diese Art von Rhetorik überwindet den jahrzehntelang kultivierten „funktionalen“ Diskurs französischer Präsidenten zur EU, der zuletzt stark ausgehöhlt war.<sup>26</sup> Die Notwendigkeit von Kompetenzübertragungen auf die europäische Ebene wurde seit François Mitterrand immer mit der Erreichung bestimmter französischer Politik- und Werteziele verknüpft. Während die Französische Republik zentraler Referenzpunkt für demokratische Willensbildungsprozesse blieb, sollte die EU bestimmten (von den jeweiligen Parteien als universell dargestellten) politischen Zielen dienen und die französischen demokratischen Werte der „égalité, liberté“ und „fraternité“ verbreiten. Mitterrand verband so rhetorisch die Zukunft Frankreichs mit der Zukunft Europas. Er legitimierte föderale Elemente in der EU, indem er ein Bild von Europa zeichnete, in dem Frankreich zentrale Führungsmacht war. Das Bild eines solchen „französischen Europas“ erlaubte, die Integrität der französischen Nation nicht zu berühren und doch gleichzeitig föderale Elemente als Mittel zur Umsetzung bestimmter Ziele zu legitimieren.

Europa sollte Frankreich in der Globalisierung begleiten, ihm eine militärische Stärke unabhängig von den USA verleihen und Wohlstand und Frieden bringen. Dieser immer wieder heraufbeschworene Diskurs eines „Europas der Macht“<sup>27</sup> wurde jedoch im Lauf der Zeit immer stärker durch Rückschläge bei der Erreichung dieser eng definierten Ziele ausgehöhlt, beispielsweise im Bereich einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik, im Bereich der WWU und besonders im Bereich der Sozialpolitik.

25 Hartmut Kaelble: Sozialgeschichte Europas: 1945 bis zur Gegenwart, München 2007.

26 Olivier Rozenberg: Frankreichs Suche nach einem europäischen Narrativ, in: *integration* 4/2014, S. 309ff.

27 Ebenda, S. 314.

Der funktionale Legitimierungsdiskurs hatte häufig unwillentlich eine spaltende Wirkung, da er französische Präsidenten nötigte, sich rhetorisch gegen bestehende Formen europäischer Zusammenarbeit und Politikgestaltung zu richten, die aufeinanderfolgende französische Regierungen bei Verhandlungen in Brüssel mittrugen. Unterstützung für Europapolitik wurde innerhalb Frankreichs häufig eingefordert, um französische Interessen gegen andere europäische Mitgliedstaaten oder Institutionen zu verteidigen. In der Kampagne zum französischen Referendum versprach Jacques Chirac beispielsweise, dass ein positives Votum zum Verfassungsvertrag ihn stärken würde, um bei den anderen Mitgliedstaaten und den europäischen Institutionen für ein stärker soziales Europa zu werben und die Interessen und Werte Frankreichs besonders gegen das neoliberalen Großbritannien zu verteidigen. Statt den Verfassungsvertrag positiv zu legitimieren, verstärkte er damit den Eindruck bei den französischen WählerInnen, dass die EU ein Transmissionsriemen für die Globalisierung sei, obwohl Frankreich selbst seit den 1980er Jahren Liberalisierungsanstrengungen betrieben hatte.<sup>28</sup> In ähnlicher Weise verteidigte Nicolas Sarkozy den Vertrag von Lissabon defensiv als „Mini-Vertrag“, der sich nur mit „unwichtigen“ institutionellen Fragen beschäftigte, und versprach im Gegenzug zur Wählerunterstützung ein reformiertes „Europa der konkreten politischen Projekte“. Fehlende Vorabsprachen mit europäischen Partnern, beispielsweise im Bereich der Mittelmeerunion, führten zu einem mäßigen Erfolg dieser Politik, was retrospektiv eher zur Delegitimierung der EU beitrug. François Hollande versprach gar in der Wahlkampagne, den bereits ausgehandelten Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) neu zu verhandeln. Dieses Wahlversprechen wider besseres Wissen brachte ihm nicht nur eine Gruppe abtrünniger Abgeordneter ein, die im Laufe der Wahlperiode nicht bereit waren, die Europapolitik der Regierung mitzutragen, sondern verschärfe auch einen antideutschen Diskurs innerhalb der Regierungsmehrheit.

Macrons neuer Legitimierungsdiskurs ist damit im Inhalt neu und näher am traditionellen deutschen Elitendiskurs zu Europa als jeder der Diskurse seiner Vorgänger. In seiner Form erlaubt er, die traditionell von französischen Staatschefs erwartete Führungsrolle Frankreichs in Europa in neuer Form weiter zu vertreten. Gleichzeitig wird der funktionale Legitimierungsdiskurs überwunden, ohne die institutionelle Rolle<sup>29</sup> und Würde des französischen Staatschefs zu untergraben, die aufgrund seiner Direktwahl zentrales Element der Legitimität der Französischen Republik ist.<sup>30</sup>

Dies gilt einerseits für die Ausrichtung auf Europa als einzige mögliche Handlungsebene und andererseits für die Anerkennung des Potenzials einer transnationalen europäischen Bürgerschaft. Solche Ideen finden sich traditionell eher auf deutscher Seite.<sup>31</sup> Sie werden zum Beispiel seit Langem von Jürgen Habermas vertreten, finden aber im französischen Intellektuellendiskurs bisher wenig Anklang.<sup>32</sup> Dies sollte von deutscher Seite als Leistung

28 Schmidt: Democracy in Europe, 2006, S. 188.

29 Rémi Lefebvre: Se conformer à son rôle. Les ressorts de l'institutionnalisation institutionnelle, in: Jacques Lagroye/Michel Offerlé (Hrsg.): Sociologie de l'institution, Paris 2011, S. 219ff.

30 Emilio Grossman/Nicolas Sauger: 'Un président normal'? Presidential (in-)action and unpopularity in the wake of the great recession, in: French Politics 2/2014, S. 86ff.

31 Jürgen Habermas: Die post nationale Konstellation, Frankfurt am Main 1998.

32 Für eine klassische Position siehe Raymond Aron: Is multinational citizenship possible?, in: Social Research 4/1974, S. 638ff.

nicht unterschätzt werden, da die Politikprozesse im europäischen Mehrebenensystem ertens für deutsche Regierungs- und Gesellschaftsakteure eine deutlich kleinere Anpassungsleistung bedeuten, als dies für französische Akteure der Fall ist. Zweitens ist die französische staatsbürgerschaftliche Identität, die prinzipiell auf einem „ius soli“ fußt, stärker mit der politischen Form der Französischen Republik verknüpft als in der traditionellen deutschen Ius sanguinis-Konzeption.<sup>33</sup>

## **Die Bedeutung von Macrons Präsidentschaft für das deutsch-französische Tandem**

### *Newe Methode und programmatischer Diskurs: gute Grundkoordinaten*

Macrons Europainitiativ ist allerdings auch in der Methode anders als die seiner Vorgänger – zumindest derjenigen des letzten Jahrzehnts. Während Sarkozy und Hollande zuletzt immer wieder versuchten, aus dem deutsch-französischen Tandem auszubrechen oder sich allein als Führungsfigur auf der europäischen Ebene zu inszenieren, erkennt Macron explizit die Notwendigkeit einer kollektiven Führungsrolle in der EU an und streckt hierbei insbesondere die Hand nach Deutschland aus. Dies ist zumindest für den Beginn einer Amtszeit neu für einen französischen Präsidenten.<sup>34</sup>

Schon die Vorbereitung von Macrons Europainitiativen war stark von bilateralen Absprachen geprägt. Anders als seine Vorgänger hat Macron seine Initiativen auch in ein enges Netz von Konsultationen mit der deutschen Regierung eingeflochten und den politischen Kalender des Nachbarlandes beachtet. Schon im Vorwahlkampf hat er für eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit geworben, eine Rede an der Humboldt-Universität zu Berlin gehalten und MitarbeiterInnen angeworben, die Deutschland sehr gut kennen.<sup>35</sup>

Mit der Reform des Elysée-Vertrages oder der stärkeren Angleichung bestimmter Regelungsbereiche, wie zum Beispiel im Bereich eines deutsch-französischen Wirtschaftsraumes, hat er Initiativen zumindest mitangestoßen und auf die öffentliche Agenda gebracht, die bereits erste Früchte getragen haben. Man denke an die gemeinsame Erklärung von Assemblée nationale und Bundestag im Januar 2018 zum 55. Jahrestag des Elysée-Vertrages<sup>36</sup> und die Arbeiten zu einem deutsch-französischen Parlamentsabkommen. Beide Verträge werden derzeit erarbeitet. Wichtigstes Ziel dieses Abkommens ist sicherlich der Versuch, eine konvergenter Umsetzung von Richtlinien der EU zu erreichen.<sup>37</sup>

Joachim Schild formuliert vier wichtige Dimensionen für eine erfolgreiche Führungsrolle Deutschlands und Frankreichs in der EU: formelle und informelle Machtressourcen, die Art der Verfahren der Entscheidungsfindung in der EU in verschiedenen Politikbereichen,

33 Rogers Brubaker: *Citizenship and Nationhood in France and Germany*, Cambridge Massachusetts 1992.

34 Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: *Frankreichs Europapolitik*, Wiesbaden 2004; Hans Stark/Martin Koopmann: *Les relations franco-allemandes dans une Europe unifiée. Réalisations et défis*, Bordeaux 2013; Wichard Woyke: *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung*, Wiesbaden 2004.

35 Süddeutsche Zeitung: Berlin-Botschafter wird Emmanuel Macrons außenpolitischer Berater, 14. Mai 2017.

36 Deutscher Bundestag: Für einen neuen Elysée-Vertrag. Die Rolle der Parlamente in der deutsch-französischen Zusammenarbeit stärken, abrufbar unter: [https://www.bundestag.de/blob/537270/a0aac9a1ba8b4ea2867ecb6e9faa1f35/traité\\_lysee\\_resolution-data.pdf](https://www.bundestag.de/blob/537270/a0aac9a1ba8b4ea2867ecb6e9faa1f35/traité_lysee_resolution-data.pdf) (letzter Zugriff: 4.5.2018).

37 Leo Klimm/Stefan Kornelius: Was Berlin und Paris miteinander vorhaben, in: Süddeutsche Zeitung, 19. Januar 2018.

die Fähigkeit, einen programmatischen Führungsdiskurs zu entwerfen, und die Fähigkeit, einen breiten anschlussfähigen Konsens für spezielle Vorschläge zu schaffen.<sup>38</sup>

Formelle und informelle Machtressourcen für das deutsch-französische Tandem werden in einer EU ohne Großbritannien größer sein, als dies seit den Erweiterungen der letzten Jahrzehnte der Fall gewesen ist. Für die drei größten Herausforderungen der nächsten Zeit für die EU – Migration, Reform der WWU und Diskussion über den Umgang mit autoritären Tendenzen in einigen Mitgliedstaaten – werden die entscheidenden Weichenstellungen im Europäischen Rat fallen. In diesem Forum kann eine deutsch-französische Führungsrolle potenziell besonders stark sein.<sup>39</sup>

Wichtigster Punkt hier ist jedoch die Frage nach der Kapazität der beiden Länder, einen anschlussfähigen programmatischen Diskurs für ihre Politikvorschläge zu finden. Hier sind die Grundvoraussetzungen für deutsch-französische Initiativen zurzeit so gut wie selten zuvor. Macron liefert aktuell einen europäischen Führungsdiskurs, der sehr lange Zeit eine Leerstelle in Europa darstellte. Die deutsche Kanzlerin kann einen solchen Diskurs kraft ihres Amtes und der aktuellen politischen Zwänge nur schwer leisten. Der französische Präsident kann aufgrund seiner besonderen Rolle als Staats- und Regierungschef hier deutlich freier agieren. Im Gegensatz zur deutschen Kanzlerin ist der französische Staatspräsident zuallererst Staatsoberhaupt mit der entsprechenden symbolischen Funktion. Diese sinnstiftende Rolle kommt in Deutschland in erster Linie dem Bundespräsidenten zu und nicht der Kanzlerin. Aus diesem Grund ist der häufig gezogene Vergleich zwischen den beiden, die natürlich in den Medien vor allem das deutsch-französische „Paar“ verkörpern, schwierig.

Darüber hinaus findet in Deutschland im Vergleich traditionell ein schwächerer Diskurs zwischen dem politischen Entscheidungszentrum und der breiten Öffentlichkeit statt, da deutsche politische EntscheidungsträgerInnen viel Aufwand mit Absprachen zwischen verschiedenen Machtzentren und Politikakteuren betreiben müssen.<sup>40</sup> In Frankreich ist dieses Verhältnis umgekehrt. Da die Exekutive eine weitgehend autonome Machtfülle hat, ist die Koordination zwischen verschiedenen Machtzentren vor einer Entscheidungsfindung relativ schwach ausgeprägt, dafür betreiben politische EntscheidungsträgerInnen in Frankreich einen relativ hohen Aufwand in der Kommunikation nach außen.<sup>41</sup>

Diese Unterschiede erklären auch, warum die deutsche Kanzlerin ihre europapolitischen Visionen (oder Antworten) spät und nur in einem Interview darlegt,<sup>42</sup> während Macron einen europäischen Redenzyklus präsentiert. Die deutsche Kanzlerin musste erst einmal „sprechfähig“ werden.<sup>43</sup> Merkels europapolitische Reaktionen werden in Frankreich häufig als zögerlich und zu spät beurteilt. Auf der anderen Seite kann die deutsche Kanzlerin für die konkrete Politikgestaltung von 13 Jahren Mitgliedschaft im Europäischen Rat profitieren und nicht zuletzt auf ihre Erfahrung im deutschen Föderalismus zurückgreifen. Die ak-

38 Joachim Schild: Mission Impossible? The Potential for Franco-German Leadership in the Enlarged EU, in: Journal of Common Market Studies 5/2010, S. 1367ff.

39 Ebenda, S. 1378.

40 Schmidt: Democracy in Europe, 2006, S. 258.

41 Ebenda.

42 Thomas Gutschker/Eckart Lohse: „Europa muss handlungsfähig sein – nach außen und innen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juni 2018.

43 Thomas Gutschker: So antwortet Merkel auf Macron, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juni 2018.

tuelle Zusammenarbeit der beiden Staats- und Regierungschefs ist demnach grundsätzlich eine gute Grundvoraussetzung für Initiativen, die auf der einen Seite möglichst viele Partner mit ins Boot holen, und andererseits von einem starken symbolischen Führungsdiskurs begleitet sind.

### *Französische Erwartungen an Deutschland und europäische Zwänge*

In Frankreich ist seit Langem mit Spannung und Ungeduld auf die Reaktionen Deutschlands auf die Vorschläge Macrons gewartet worden. Nachdem Merkels Laudatio anlässlich der Verleihung des Karlspreises an Macron in dieser Hinsicht eine Enttäuschung dargestellt hatte, wurde das Interview in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung in der Presse als Antwort auf Macrons Vorschläge verstanden.<sup>44</sup> Kommentiert wurden besonders ihre Aussagen zum Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Migrationspolitik und der WWU.

Ihre Ausführungen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur Migrationspolitik wurden insgesamt begrüßt. Besonderen Anklang fanden die deutschen Positionen zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Die Zeitung *Le Monde* hielt das deutsche Zugehen auf Macrons Vorschläge hier am weitreichendsten. Herausgehoben wurde besonders die deutsche Unterstützung der französischen Interventionsinitiative und der Notwendigkeit, eine gemeinsame strategische Kultur zu begründen. Auch wenn dies noch lange dauern werde, wurde das Interview als wichtiges politisches Signal begrüßt, ebenso wie Merkels Vorschlag eines eigenen EU-Sicherheitsrates und der Entwicklung der nichtständigen Sitze im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu europäischen Sitzen.<sup>45</sup>

Des Weiteren wurde Merkels ausdrückliche Unterstützung von Macrons Vorschlag einer europäischen Asylbehörde begrüßt, ebenso wie Ankündigungen weiterer Schritte im Bereich der Migrationspolitik, beispielsweise bei der Harmonisierung des Asylrechts. *Le Monde* begrüßt auch die Tatsache, dass Merkel anerkennt, dass das Quotensystem für die Verteilung von Flüchtlingen gescheitert ist.<sup>46</sup> Deutschlands Rolle in der sogenannten Migrationskrise wurde in Frankreich ambivalent aufgenommen. Einerseits sah man sich vor vollendete Tatsachen gestellt, andererseits wurde Merkels Politik in diesem Bereich in Teilen des linken Lagers aus ethischen Gründen befürwortet.

Insgesamt verhalten wurden ihre Antworten zur Reform der WWU aufgenommen. *Le Monde* sprach von einer enttäuschenden Antwort. Die traditionell wirtschaftsfreundlichen *Les Echos* hielten sich zurück, markierten jedoch die Fallhöhe zwischen den „ambitionierten“ Plänen Macrons und den „limitierten“ Vorschlägen Merkels.<sup>47</sup>

Aus Sicht vieler französischer KommentatorInnen werden die deutschen Positionen als dogmatisch oder zumindest einseitig wahrgenommen und Deutschland als einer der Hauptprofiteure und Entscheidungsmächte der Eurozone perzipiert. Im öffentlichen Diskurs wird oft darauf hingewiesen, dass Deutschland andere Mitgliedstaaten zu Sozialabbau und Arbeitsmarktflexibilisierung „zwingt“, da innerhalb der Währungsunion keine geldpolitischen Instrumente zur Wettbewerbsförderung mehr vorhanden seien. Der deutsche Au-

44 *Le Monde*: Europe: les réponses prudentes de Merkel à Macron, 4. Juni 2018.

45 Ebenda.

46 Ebenda.

47 *Les Echos*: Zone euro: la réponse de Merkel, 3. Juni 2018.

ßenhandelsüberschuss wird als einer der Gründe für die Instabilität der Eurozone wahrgenommen, der im Gegensatz zu anderen Ungleichgewichten der Eurozone nicht genügend sanktioniert werde. Trotz wichtiger Kompromisse auf deutscher Seite im Zuge der Krise in der Eurozone wird Deutschland häufig als deren „Hegemon“ wahrgenommen. Die Anstrengungen der aktuellen französischen Regierung, wichtige Arbeitsmarktreformen durchzuführen, werden in der öffentlichen Meinung häufig als eine französische Leistung gesehen, für die nun ein deutsches Entgegenkommen im Bereich der Eurozonenreform erfolgen müsse.

Ein Erfolg deutsch-französischer Initiativen im europäischen Rahmen wird allerdings nicht nur vom Verständnis zwischen den beiden Partnern abhängen. Die vierte Dimension einer erfolgreichen kollektiven Führungsrolle des deutsch-französischen Tandems in Europa war die Fähigkeit, anschlussfähige Kompromisse für breite Koalitionen zu finden.<sup>48</sup> Deutsch-französische Kompromisse waren immer dann anschlussfähig, wenn beide Partner ein gemeinsames Ziel hatten, allerdings ihre Grundpositionen zur Erreichung des Ziels möglichst weit auseinanderlagen.<sup>49</sup>

Paradoxalement stehen die Chancen für eine kollektive deutsch-französische Führungsrolle bei der Reform der WWU am besten. Deutsche und französische Positionen liegen ausreichend weit auseinander, um Kompromisse zwischen den beiden Ländern für zwei sehr unterschiedliche Koalitionen von Mitgliedstaaten möglich zu machen: Dies sind auf der einen Seite die Länder des „Südens“, die stärkere europäische wirtschaftliche Stabilisierungsmechanismen fordern, und die Länder des „Nordens“, die keine stärkere „Transferunion“ in diesem Bereich wünschen.

Schwierig sieht es für das Potenzial einer deutsch-französischen Führungsrolle allerdings beispielsweise im Bereich der Migrationspolitik aus. Hier liegen die Positionen der beiden Partner zu nahe beieinander, um anschlussfähige Kompromisse für die Gesamtheit der europäischen Mitgliedstaaten finden zu können. Die Hauptkonfliktlinien sind hier diffuser und verlaufen einerseits zwischen West- und Osteuropa, zwischen den besonders betroffenen Mittelmeeranrainern und den anderen Mitgliedstaaten und auch in den meisten europäischen Mitgliedstaaten innerhalb der politischen Lager. Hier werden sich zur Kompromissfindung vermutlich andere und bisher eher ungewöhnliche Partnerschaften oder Lösungen finden müssen, um zur gesamteuropäischen Kompromissfindung beizutragen.

## **Deutschlands europäische Verantwortung in schwierigem Fahrwasser**

Macrons neuer Europadiskurs und seine Initiativen sind eine Chance und eine Herausforderung für Deutschland und Europa. Für Deutschland bietet sich über eine weiter verstärkte – und gleichzeitig symbolisch unterfütterte – deutsch-französische Zusammenarbeit eine Möglichkeit, aus der in vielen Mitgliedstaaten so perzipierten Rolle des „isolierten Hegemons“ herauszukommen. Das in ausländischen Zeitungen und leider sogar im akademischen Diskurs im europäischen Ausland häufig heraufbeschworene „Diktat“ aus Berlin im Zuge der Krise in der Eurozone ist hier ein illustratives Beispiel. Gleichzeitig besteht im Bereich der Migrationspolitik die Gefahr, dass deutsche und französische Positionen zu

48 Vgl. Klein/Plotka/Tittel: Der Neustart, 2018.

49 Schild: Mission impossible?, 2010, S. 1380.

eng beieinanderliegen, als dass sie für die Mehrheit der Partner anschlussfähig sein könnten.

Über die bisherigen Reaktionen hinaus werden in Frankreich immer noch Antworten aus Deutschland erwartet. Dies ist eine Herausforderung für die deutsche Regierung angesichts traditioneller deutscher Positionen in der WWU und angesichts einer neuen europaskeptischen „Elite“, die unter dem Deckmantel eines angeblichen „Volkswillens“ populistische Angebote an deutsche WählerInnen macht. Dies stellt – wie zurzeit regelmäßig illustriert wird – die konservativen Parteien und damit auch die Regierungskoalition vor große Herausforderungen.

Allerdings sollte in Deutschland auch nicht vergessen werden, dass die Amtszeit Macrons zeitlich begrenzt ist. Sein für das französische politische System höchst ungewöhnlicher Wahlsieg mit 25,4 Prozent<sup>50</sup> Enthaltungen im zweiten Wahlgang macht es schwer vorhersehbar, wie es politisch in Frankreich nach 2022 weitergeht. Marine Le Pen bleibt weiterhin eine sehr ernstzunehmende politische Kraft. Macron hat einen Teil seiner innenpolitischen Reformagenda mit seinen Vorschlägen für Europa verknüpft. Sollte es auf der europäischen Ebene keinerlei Erfolge geben, so könnte ihm dies auch innenpolitisch Schwierigkeiten bringen. Insofern sollte in Deutschland wohl Timothy Garton Ashs Mahnung nicht ungehört verklingen, eine historische Chance nicht verstreichen zu lassen.<sup>51</sup>

---

<sup>50</sup> Dies ist die höchste Enthaltungsrate seit 1969. Franceinfo: Quatre chiffres qui montrent que l'élection d'Emmanuel Macron n'est pas si écrasante, 8.5.2017, abrufbar unter: [https://www.francetvinfo.fr/elections/presidentielle/quatre-chiffres-qui-montrent-que-l-election-d-emmanuel-macron-n'est-pas-si-ecrasante\\_2180067.html](https://www.francetvinfo.fr/elections/presidentielle/quatre-chiffres-qui-montrent-que-l-election-d-emmanuel-macron-n'est-pas-si-ecrasante_2180067.html) (letzter Zugriff: 21.5.2018).

<sup>51</sup> Timothy Garton Ash: „Es gibt einen Wachwechsel an der Spitze Europas“, in: Handelsblatt, 8. Mai 2018.